

Newsletter

Nr. 14/2023



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

hinter mir liegen spannende Tage. Ich bin sehr dankbar, dass mir unser neuer Landesvorsitzender Manuel Hagel und die Delegierten das Vertrauen geschenkt und mich zu ihrer neuen Generalsekretärin der CDU Baden-Württemberg gewählt haben. Es liegen große Herausforderungen vor uns, die ich gemeinsam mit einem tollen Team gerne angehe. Natürlich bleiben die Aufgaben und Themen im Wahlkreis und in Berlin fest in meinem Blick.

Eine etwas außergewöhnliche Sitzungswoche liegt hinter uns. Die Signale, die der Bundeskanzler mit seiner „Regierungserklärung“ gesendet hat, machen mir Sorge – gerade in den jetzigen Zeiten braucht es eine klare Agenda. Als Bundeskanzler muss man die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und ihnen erklären, was man als Bundesregierung vorhat.

In der kommenden Woche warten viele schöne Gespräche und Termine im Wahlkreis auf mich, auch der eine oder andere Glühwein auf Weihnachtsmärkten in der Region wird dabei sein. Darauf freue ich mich und auf die Begegnungen mit Ihnen

Viel Freude beim Lesen!

Die Nina Warken

Wahl zur Generalsekretärin der CDU Baden-Württemberg

„Man spürt es, wenn man zu Ihnen in die Halle kommt: Es ist eine Aufbruchstimmung da“, rief Friedrich Merz den Delegierten des Landesparteitages am 18. November in Reutlingen zu. Damit drückte er das Signal aus, das die CDU Baden-Württemberg an diesem Tag ins ganze Land sendete: Mit Mut, Tempo und Taten wollen wir unsere Heimat erneuern!



Bildquelle: Marcel Ditrich

Beim Landesparteitag wurde ich mit 91,1% der Stimmen zur neuen Generalsekretärin der CDU Baden-Württemberg gewählt. Ich bin dankbar für das große Vertrauen, das mir die Delegierten entgegengebracht haben und freue mich, mit Manuel Hagel als neuem Landesvorsitzenden und dem gesamten Team die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen. Gemeinsam werden wir die entscheidenden Aufgaben der nächsten Monate angehen, die angesichts der gewaltigen Herausforderungen anstehen: Wir sind gefragt wie nie!



Bildquelle: Marcel Ditrich

Im kommenden Jahr stehen mit der Europa- und Kommunalwahl ganz entscheidende Wahlen an. Zu Themen wie Migration, Israel oder auch der Mehrwertsteuererhöhung in der Gastronomie haben wir bereits Beschlüsse gefasst, doch viele weitere Themen fordern unsere Aufmerksamkeit. Gemeinsam wollen wir den Rückenwind aus dem Parteitag weiterführen und die Herausforderungen zusammen meistern.

Mein neuer WhatsApp-Broadcast!

Hier informiere ich regelmäßig durch das Versenden von direkten WhatsApp-Nachrichten über meine Arbeit in Berlin und Odenwald-Tauber. Wenn auch Sie künftig auf diesem Weg über bundespolitische Themen und aktuelle Neuigkeiten aus dem Wahlkreis auf dem Laufenden gehalten werden wollen, **senden Sie eine Nachricht mit Ihrer Postleitzahl an +49 151 222 55 0 88**. Dann kann es losgehen mit #NinasNews auf dem Handy!



Bundesweiter Vorlesetag in der Grundschule Gerichtstetten



Bildquelle: Büro Warken

Mit den Kindern der Grundschule Gerichtstetten habe ich einen wunderbaren Vormittag verbracht. Gemeinsam haben wir den kleinen Tiger Samuel aus „Weil Tiger keine Affen sind“ auf seinem Abenteuer begleitet und mit dem Buch „Du hast nicht immer recht. Doch du hast immer Rechte!“ einiges über Kinderrechte gelernt. Vorlesen verbindet – und macht dabei auch noch viel Spaß! Doch es kann noch viel mehr: Es ist die wichtigste Voraussetzung, um selbst gut lesen zu lernen, bestärkt Kinder, neugierig die Welt zu entdecken und ist der Schlüssel für ihre Zukunft.

Lesen hat für den späteren Bildungserfolg eine enorme Bedeutung, denn wer gut lesen und Texte verstehen kann, ist in der Schule erfolgreicher. Ob Mathematikaufgaben lösen oder naturwissenschaftliche Zusammenhänge erkennen – Lesen bildet

dafür die Grundlage. Doch immer mehr Kinder weisen beim Verlassen der Grundschule große Schwächen beim Lesen auf. Das geht aus der jüngsten Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) hervor. Gleichzeitig lesen Eltern ihren Kindern immer seltener etwas vor. Um diesem Problem entgegenzuwirken, findet seit 2004 jährlich der Bundesweite Vorlesetag statt, an dem ich mich immer wieder gerne beteilige.

Landestag der Jungen Union



Bildquelle: Marcel Ditrich

Der diesjährige Landestag der Jungen Union (JU) Baden-Württemberg fand in Tauberbischofsheim statt. Es hat mich besonders gefreut, beim Landestag in meiner Heimat dabei zu sein und mit vielen engagierten JUern aus ganz Baden-Württemberg ins Gespräch zu kommen. Sowohl während meiner aktiven JU-Zeit als auch danach habe ich immer wieder festgestellt: Auf die JU ist Verlass!

Florian Hummel wurde erfolgreich als Landesvorsitzender wiedergewählt. Mit Sören Döffinger als stellvertretender Landesvorsitzender und Dominik Kircher haben es gleich zwei engagierte junge Menschen aus dem Wahlkreis in den Landesvorstand geschafft. Ich wünsche Euch viel Erfolg und dass Ihr weiterhin wichtige Impulse setzen könnt!

25-jähriges Jubiläum Stiftung Lebenshilfe



Bildquelle: Werner Palmert

Der ehemalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat einmal den folgenden Satz gesagt: „Glück empfinden zu können, ist eine Fähigkeit, die Menschen mit und ohne Behinderung verbindet.“ Genau diese Verbindung stärkt die Stiftung Lebenshilfe nun schon seit 25 Jahren im Main-Tauber-Kreis und hat damit das Leben zahlreicher Menschen positiv beeinflusst. Die Stiftung Lebenshilfe sichert die Arbeit der Lebenshilfe Main-Tauber, die so wiederum Menschen mit Behinderung und deren Angehörige unterstützt, Räume der Inklusion schafft und das Verständnis, die Akzeptanz und die Würde jedes Einzelnen fördert. Ich möchte an dieser Stelle allen danken, die in den letzten 25 Jahren ihre Zeit, Energie und Ressourcen der Stiftung Lebenshilfe gewidmet haben. Ihr Einsatz hat nicht nur Leben verändert, sondern auch Gemeinschaften gestärkt und zu einer inklusiven Gesellschaft beigetragen.

55 Jahre Höhgöiker Glashofen



Bildquelle: Michael Farrenkopf

Die Höhgöiker Glashofen feiern in der Fastnachtskampagne 2023/24 ihr 55-jähriges Jubiläum. 55 Jahre – das sind nicht nur über fünf Jahrzehnte voller Kostüme, Konfetti und karnevalistischer Kreativität. Es sind 55 Jahre gelebte Tradition, 55 Jahre Herzblut und Hingabe, die diese Gemeinschaft zu dem gemacht haben, was sie heute ist – eine Familie, die zusammen lacht, tanzt und das Leben feiert. Beim Festabend am 11.11. in der Sporthalle Glashofen zum Start der Jubiläumskampagne konnte ich die gute Stimmung hautnah miterleben.

Wie steht es um den Bundeshaushalt?



Bildquelle: Christiane Lang

– Aussetzung der Schuldenbremse für 2023 gewissenhaft anschauen. Fest steht: Der Trickserei der Ampel, Notlagen-Mittel freihändig umzuwidmen und in Form von Sondervermögen überjährige Selbstbedienungstöpfe einzurichten, wurde durch das Karlsruher Urteil ein Ende bereitet. Das ist eine gute Nachricht für die Steuerzahler und für die Finanzstabilität der Bundesrepublik Deutschland.

Der Einsatz für solide Haushalte gehört zum politischen Markenkern der Union. Das Urteil stärkt die Schuldenbremse – das ist aus Gründen der Generationengerechtigkeit und nachhaltiger Finanzen richtig. Schließlich müssen diese Notkredite auch wieder getilgt werden. Wir sind der Überzeugung: Aktuelle Probleme dürfen nicht zu Lasten zukünftiger Haushalte und Generationen gelöst werden.

Die politische Bringschuld in dieser Situation liegt jetzt bei der Bundesregierung. Diese ist nun gefordert, einen Vorschlag zu unterbreiten, wie ein verfassungskonformer Bundeshaushalt 2024 gestaltet werden kann. Angesichts von Rekordsteuereinnahmen bleibt festzustellen: Der Bund hat kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Das Urteil zwingt die Ampel nun zur Prioritätensetzung – und Einsparpotenziale gibt es mit Bürgergeld, überbordenden Personalausstattungen und Gebäudeenergiegesetz zur Genüge.

Aktion zum Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt



Bildquelle: Büro Warken

Anlässlich des Europäischen Tags zum Schutz von Kindern vor sexueller Gewalt haben wir im Deutschen Bundestag ein deutliches Zeichen gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen gesetzt. „Schieb deine Verantwortung nicht weg!“ – um Kinder und Jugendliche wirkungsvoll zu schützen, müssen alle aktiv werden und Verantwortung übernehmen. Im Gespräch mit Kerstin Claus, der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, wurde dies nochmal verdeutlicht: Wir alle müssen in unserem Umfeld hinschauen, hinhören und nachfragen. Im Zweifelsfall lieber einmal mehr, als einmal zu wenig!

Mehrwertsteuererhöhung für die Gastronomie



Bildquelle: Christiane Lang

unserem Land und seiner Gastronomiekultur massiv schadet.

Ab dem 01.01.2024 wird die Ampel-Regierung die Mehrwertsteuer auf Speisen im Restaurant wieder von sieben auf 19 Prozent erhöhen, was wir als Union bis zum Schluss verhindern wollten. Millionen Menschen zahlen fortan mehr für ihr Kantinenessen oder den Restaurantbesuch. Speisen „to-go“ werden dagegen weiterhin mit der verminderten Mehrwertsteuer von sieben Prozent bedacht.

Damit bricht Bundeskanzler Olaf Scholz sein Versprechen: Den verminderten Mehrwertsteuersatz „schaffen wir nie wieder ab, darauf können Sie sich verlassen“. Auch Bundesfinanzminister Christian Lindner versicherte noch im Frühjahr dieses Jahres dem DeHoGa, dass es eine Verlängerung geben würde. Ein beispielloser Wortbruch, der eine ohnehin schon schwer gebeutelte Branche trifft und

Rede zum Asylbewerberleistungsentwicklungs-gesetz



Bildquelle: Fabian Blome

Vor zwei Wochen haben wir im Plenum ein Änderungsgesetz debattiert, durch das Asylbewerber länger warten müssten, bis sie von den Ansprüchen des Asylbewerberleistungssystems ins Bürgergeld wechseln können. Es handelt sich um eine bereits von den Ministerpräsidenten und der Bundesregierung beschlossene Maßnahme, deren Umsetzung wir dadurch schnell hätten verabschieden können. Allein für 2023 werden ca. 300.000 Asylanträge erwartet. Die Länder und Kommunen sind inzwischen zunehmend überfordert. Dementsprechend deutlich wurde ich in meiner Rede: „Ich glaube, die Zahlen sprechen einfach für sich. Da ist es doch naiv zu sagen, die Menschen kommen nur in unser Land, weil es hier so schön ist. Natürlich hat es auch etwas mit den Sozialleistungen zu tun.“ Mit der Verlängerung der Bezugsdauer für abgesenkte Asylbewerberleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 18

auf 36 Monate wollte die Union zügig eine Vereinbarung der Ministerpräsidentenkonferenz umsetzen. Dies wäre meines Erachtens eine gute Maßnahme, die Anreize zu senken und den Zuzug nach Deutschland signifikant zu reduzieren. Zum Schluss meiner Rede stellte ich noch einmal klar, was ich von der „Ankündigungspolitik“ der Ampelfraktionen halte: „Es kann nicht sein, dass sich der Kanzler, der Wirtschaftsminister und der Finanzminister nach den Ministerpräsidentenkonferenzen jedes Mal vor die Kameras stellen, große Versprechen und Ankündigungen machen, aber danach nichts aber auch gar nichts umgesetzt wird.“

Um den Pull-Faktor Sozialleistungen weiter zu begrenzen, erarbeiten wir als Union aktuell einen Antrag zum Thema „Leistungen für Asylbewerber weiterentwickeln – Rechtliche Spielräume nutzen“.

In diesem fordern wir die Bundesregierung dazu auf einen Gesetzentwurf vorzulegen, der insbesondere die folgenden Maßnahmen enthält:

- die Bezugsdauer der niedrigeren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz von 18 Monate auf 36 Monate verlängern;
- vorrangige Ausgabe von Sach- statt Geldleistungen für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Einführung einer bundeseinheitlichen Bezahlkarte zur Regel machen;
- Leistungskürzung auf das physische Existenzminimum vorsehen, solange eine Ausreisepflicht besteht und eine Ausreise tatsächlich möglich und zumutbar ist, dies soll auch Duldungsfälle umfassen;
- für schnellere Sanktionsverfahren sorgen, indem die Verhängung von Sanktionen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz mit ausländer- und asylrechtlichen Fragestellungen gekoppelt wird.

Arzneimittelversorgung sicherstellen – Versorgungssicherheit gewährleisten



Bildquelle: Shutterstock

Die Lage bei der Verfügbarkeit von dringlich benötigten Arzneimitteln ist aufgrund von Lieferkettenproblematik und Rohstoffknappheit weiterhin sehr angespannt. Der pharmazeutische Großhandel warnt, dass bei 85 Prozent der für die laufende Herbst-/Wintersaison dringend benötigten Arzneimittel die derzeit verfügbaren Bestände nicht einmal für zwei Wochen reichen werden. Durch das im Juni 2023 von der Ampel beschlossene Arzneimittel-Lieferengpass-Bekämpfung- und Versorgungs-Verbesserungs-Gesetz (ALBVVG) ist offenbar noch keine Entspannung eingetreten. Viele der darin enthaltenen Maßnahmen sind nur halbherzig oder wirken sogar kontraproduktiv.

Deshalb wollen wir mit unserem Antrag „Arzneimittelversorgung sicherstellen – Versorgungssicherheit gewährleisten“ die Lage der pharmazeutischen Industrie

verbessern sowie die Situation der Apotheken stärken. Tragende Säule in der Arzneimittelversorgung sind unsere Apotheken vor Ort, die zunehmend unter wirtschaftlichem Druck stehen. Wir fordern daher unter anderem eine verbesserte Vergütung für Aufwendungen im Rahmen des Engpassmanagements, bessere Austausch- und Ersatzmöglichkeiten bei Medikamenten in Mangelsituationen, die Anhebung des Apothekenfixums sowie ein regelmäßiges Monitoring des Apothekenhonorars durch die Bundesregierung. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, den Abbau von bestehenden bürokratischen Auflagen und einschränkenden Regularien zu prüfen, welche die Wirtschaftlichkeit von Apothekenbetrieben hemmen und zeitliche Ressourcen unverhältnismäßig stark binden.

Folgen Sie mir auch auf...

Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts



Bildquelle: Shutterstock

In erster Lesung haben wir diesen Donnerstag den Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zur Modernisierung des Staatsangehörigkeitsrechts beraten. Im Kern will die Koalition die Anforderungen zur Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft deutlich absenken. Dies betrifft insbesondere: Verkürzung der Mindestaufenthaltszeit bis zur Antragstellung auf die deutsche Staatsbürgerschaft auf in der Regel fünf Jahre (bisher acht). Bei „besonderen Integrationsleistungen“ soll sich der Zeitraum auf drei Jahre verkürzen (bisher sechs). Zudem soll eine allgemeine Härtefallregelung eingeführt werden: Wenn „trotz ernsthafter und nachhaltiger Bemühungen“ der Erwerb ausreichender Sprachkenntnisse „nicht möglich oder dauerhaft wesentlich erschwert“ ist, dann wird auf schriftliche Deutschkenntnisse und den Einbürgerungstest verzichtet.

Das bisher geltende Erfordernis der „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“ soll durch zwei definierte Ausschluss-Fälle ersetzt werden: Wenn der ausländische Staatsangehörige gleichzeitig mit mehreren Ehegatten verheiratet ist oder „durch sein Verhalten zeigt, dass er die im Grundgesetz festgelegte Gleichberechtigung von Mann und Frau missachtet“. Darüber hinaus soll der Doppelpass generell zugelassen und die Optionspflicht abgeschafft werden. Auch bei den Anforderungen an die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts nimmt die Ampel Änderungen vor. Künftig soll gelten: Die betreffende Person muss zwar in Vollzeit erwerbstätig sein und dies innerhalb der letzten 24 Monate mindestens 20 Monate lang gewesen sein. Eine Aufstockung mit Sozialleistungen wird hier jedoch anerkannt – und zwar für den Einzubürgernden selbst wie auch für dessen Ehegatten/eingetragenen Lebenspartner, sofern eine familiäre Gemeinschaft mit einem minderjährigen Kind besteht. Für uns gilt allerdings: Die Einbürgerung ist Ergebnis und nicht Beginn gelungener Integration. Wir freuen uns, wenn Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach gelungener Integration Deutsche werden möchten. Wir freuen uns, wenn sie auf diesem Wege ein klares Bekenntnis zu Deutschland abgeben. Der Gesetzentwurf der Ampel genügt diesem Anspruch jedoch nicht. Besonders kritisch sehen wir die Anpassungen bei der Lebensunterhaltssicherung. Für uns muss gelten: Eine volle Aufnahme von Arbeit ohne Inanspruchnahme von Sozialleistungen muss auf dem Weg zur Staatsangehörigkeit die Regel bleiben und darf nicht zur Ausnahme werden.

Wichtiges Signal für Landwirte und Winzer: EU-Pflanzenschutzverordnung gescheitert



Bildquelle: Theresia Lanig

Vergangene Woche hat das Europäische Parlament ein klares Signal gesetzt: Gemeinsam mit der Landwirtschaft und nicht gegen sie! In einer finalen Abstimmung votierte eine Mehrheit von 299 Abgeordneten gegen die Pflanzenschutzverordnung SUR (Sustainable Use Regulation). Diese hätte eine pauschale und undifferenzierte Reduktionsverpflichtung bis hin zum Kompletterbot von Pflanzenschutzmitteln in „ökologisch empfindlichen Gebieten“ mit sich gebracht. Bei den Winzern in Baden-Württemberg führte dies zu großen Sorgen bis hin zur Existenzangst, denn hierzulande sind besonders viele Schutzgebiete ausgewiesen.

Die Entscheidung gegen SUR ist daher ein wichtiges Signal für unsere Landwirte und Winzer, die einen enormen Beitrag zur Vitalität und Attraktivität unserer Heimat leisten und darüber hinaus durch nachhaltigen Weinbau die Biodiversität vor

Ort fördern. Als CDU stehen wir an der Seite unserer Landwirtschaft! Wir wollen gemeinsam und nachhaltig mit der Landwirtschaft agieren, anstatt mit Ideologie und Bevormundung.

Folgen Sie mir auch auf...

Fotogalerie



Bildquelle: Büro Warken

Besuch des Matthias-Grünwald-Gymnasiums Tauberbischofsheim



Bildquelle: CDU Baden-Württemberg

Konstituierende Sitzung des Landesvorstands der CDU Baden-Württemberg



Bildquelle: Büro Warken

Weihnachtsfeier CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg



Bildquelle: Aya Schamoni

Aktion #HelfendenHelfen



Bildquelle: Büro Warken

Weihnachtsbaumerleuchtung Landesvertretung Baden-Württemberg



Bildquelle: Büro Warken

Mit Carsten Linnemann bei der CDU-Generalsekretäre-Konferenz



Bildquelle: Büro Anja Weisgerber

Parlamentarischer Weinabend



Bildquelle: Isabel Drescher

Ladies Lunch der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Fraktion



Bildquelle: Isabel Drescher

Telefon: 030 227-78102, E-Mail: nina.warken@bundestag.de, Internet: nina-warken.de

IMPRESSUM

Dieser Newsletter ist ein Rundbrief von Nina Warken MdB (CDU).

Alle Beiträge und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Herausgeber: Nina Warken MdB (verantw.), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

Erstellung & Layout: Elke Nuss, Texte: Nina Warken/Team Warken.

Bildnachweis/Copyright: Tobias Koch (Titel S. 1)